S 11 Ar 650/96 A

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

6

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 Ar 650/96 A

Datum 03.12.1997

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 206/98 Datum 20.11.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 3. Dezember 1997 wird zurù⁄4ckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist der Anspruch des Klägers auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bzw. Erwerbsminderung.

Der am 1948 geborene KlĤger ist kroatischer StaatsangehĶriger. In seiner Heimat hat er vom 01.07.1964 bis 30.04.1969 und vom 01.10.1984 bis 17.05.1994 insgesamt 12 Jahre, 5 Monate und einen Tag Versicherungszeiten zurļckgelegt. In seiner Heimat ist er als Invalide der 1. Kategorie anerkannt und bezieht seit 18.05.1994 Invalidenrente vom VersicherungstrĤger Kroatiens.

Vom 17. März 1975 bis 20. Oktober 1977 nahm er an einer 640 Unterrichtsstunden umfassenden Ausbildung zum Lkw-Berufskraftfahrer im Ausbildungszentrum fÃ⅓r StraÃ∏enverkehrsberufe in Zagreb teil und hat am 16.10.1977 erfolgreich die

Fachprüfung bestanden.

Seit 19.06.1969 war der Kläger in Deutschland versicherungspflichtig beschägtigt und hat hier bis 15.07.1984 als Kraftfahrer in den verschiedensten Industriezweigen gearbeitet. ZunĤchst war er vom 19.06.1969 bis 14.10.1974 in einem Betonwerk im Produktionsbereich des Betonfertigers als Maschinenführer mit einer Anlernzeit von 3 Monaten beschägftigt und von Mai 1978 bis Januar 1981 als Mischerfahrer in demselben Betrieb. Dabei handelt es sich um eine angelernte TÄxtigkeit mit einer Anlernzeit von drei bis vier Wochen. Zwischenzeitlich war hatte KlĤger in den Jahren 1975 bis 1978 als Omnibusfahrer gearbeitet. Vom 01.04.1981 bis 31.12.1983 war er sodann in einem Kranservice als Kraftfahrer tätig und anschlieÃ∏end bis 15.07.1985 erneut als Kraftfahrer. Zu den jeweiligen TÄxtigkeiten bzw. der Qualifikation und Entlohnung der TÄxtigkeiten im Einzelnen konnte die Beklagte für die Zeit ab 01.04.1981 ermitteln, dass der Kläger als Kraftfahrer tätig gewesen war. In der Zeit vom 21.02.1979 bis 20.01.1981 war der KlĤger nach der Ansicht seines Arbeitgebers mit ungelernten Arbeiten beschäxftigt als Fahrer eines Transport-Betonmisch-Fahrzeuges. Weitere Einzelheiten, insbesondere zur Frage der Entlohnung der letzten ArbeitsverhÄxltnisse konnten weder durch die Beklagte noch durch das Sozialgericht ermittelt werden.

Am 11.05.1994 beantragte der KlĤger über den VersicherungstrĤger seiner Heimat bei der Beklagten Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit.

Im Gutachten der Invalidenkommission Zagreb vom 13.10.1994 beurteilten die KommissionsĤrzte M.M. und D.R. den KlĤger nur noch fýr eine zeitlich eingeschrĤnkte TĤtigkeit unterhalbschichtig in der Lage. Die Beklagte lieÄ∏ den KlĤger in der Zeit vom 23. bis 25.10.1995 in ihrer Ĥrztlichen Gutachterstelle in Regensburg untersuchen und seine ErwerbsfĤhigkeit begutachten. Auf nervenĤrztlchem Fachgebiet stellte Dr.A. gelegentliche KonzentrationsstĶrungen ohne wesentlichen Einfluss auf die LeistungsfĤhigkeit fest. Auf neurologischem und psychiatrischem Fachgebiet sei die Leistungsfänkligkeit des Klängers nicht wesentlich eingeschrĤnkt. Er kĶnne seine zuletzt in der Heimat ausgeļbte TÄxtigkeit als Busfahrer vollschichtig verrichten. Von Seiten des inneren Fachgebietes wurden als GesundheitsstĶrungen ein insulinpflichtiger Diabetes mellitus ohne organische Folgeerkrankungen, ein arterieller Bluthochdruck ohne Ausgleichsstörungen des Kreislaufs bei Ã∏bergewicht, wirbelsäulenabhängige Beschwerden mit Aufbraucherscheinungen ohne FunktionseinschrÄxnkung, eine beginnende Kniegelenksarthrose sowie nebenbefundlich eine FettstoffwechselstĶrung mit unkomplizierter Fettleber, InnenohrschwerhĶrigkeit rechts und eine BauchwandschwÄxche festgestellt. Zusammenfassend beurteilte Dr.S. in seinem schriftlichen Gutachten vom 06.11.1995 den KlĤger noch zu einer vollschichtigen ErwerbstÄxtigkeit mit leichten bis mittelschweren Arbeiten ohne Nachtschicht und ohne Akkord mit der MA¶glichkeit der Einhaltung einer DiabetesdiÃxt in der Lage. Als Berufskraftfahrer solle der KlÃxger nicht mehr tÃxtig sein.

Mit Bescheid vom 20.11.1995 lehnte die Beklagte den Rentenantrag daraufhin ab. Der KlĤger sei weder berufs- noch erwerbsunfĤhig.

Den Widerspruch wies sie mit Widerspruchsbescheid vom 18. April 1996 zurĽck. Der KlĤger sei nicht erwerbsunfĤhig, da er noch vollschichtig leichtere bis mittelschwere TĤtigkeiten verrichten kĶnne. Ein Berufsschutz als Facharbeiter stehe dem KlĤger nicht zu, da nicht nachgewiesen sei, dass der KlĤger als Kraftfahrer zum Facharbeiterlohn beschĤftigt gewesen sei.

Dagegen hat der KlĤger zum Sozialgericht Landshut Klage erhoben. Das Sozialgericht hat zur beruflichen Qualifikation eine Auskunft der K.-Betonwerke, wo der KlĤger von 1969 bis 1974 und von 1978 bis 1981 beschĤftigt gewesen war, eingeholt. Weitere Ermittlungen zu den übrigen ArbeitsverhĤltnissen des KlĤgers waren erfolglos, weil die jeweiligen Arbeitgeber postalisch nicht mehr erreichbar gewesen sind. Zum Beweis seiner fachlichen Qualifikation hat der KlĤger sein Prüfungszeugnis zum Berufskraftfahrer aus Kroatien vorglegt sowie Kopien aus dem Versicherungsnachweisheft, aus denen sich ergibt, dass der KlĤger in Deutschland seit 1975 mit Kraftfahrtätigkeiten beschäftigt gewesen war, die von den jeweiligen Arbeitgebern nach den dort verzeichneten Schlüsselzahlen teilweise als Facharbeiten und teilweise als ungelernte Arbeiten qualifiziert sind.

Das Sozialgericht hat zum beruflichen LeistungsvermĶgen Gutachten der Ã∏rztin für Psychiatrie Dr.U.M. und der Ã∏rztin für Sozialmedizin Dr.T. vom 01.12.1997 eingeholt. Dr.M. hat in ihrem Gutachten eine Kopfschmerzsymptomatik bei hypertensiven Krisen, eine beginnende Polyneuropathie bei Diabetes und gelegentlich KonzentrationsstĶrungen ohne wesentlichen Einfluss auf die LeistungsfĤhigkeit festgestellt. Mit Rļcksicht auf diese GesundheitsstĶrungen sei der KlĤger noch zu einer vollschichtigen ErwerbstĤtigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in der Lage. Besondere nervliche Belastungen, Zeitdruck oder Nacht- oder Wechselschicht seien nicht mehr zumutbar. Dr.T. hat ferner eine insulinpflichtige ZuckerstoffwechselstĶrung mit beginnender Mediasklerose und Polyneuropathie, ein ̸bergewicht mit Fettstoffwechselstörung und Fettleber, einen Bluthochdruck mit Rückwirkungen auf das Herz ohne Herzleistungsminderung, eine SchwerhĶrigkeit rechts mit Tinnitus und rezidivierenden WirbelsĤulenbeschwerden festgestellt. Die Art und Schwere dieser festgestellten GesundheitsstĶrungen seien nicht geeignet, eine zeitliche Minderung des beruflichen LeistungsvermĶgens zu begrļnden. Es seien dem KIäger noch leichte Arbeiten im Gehen, Stehen und Sitzen, zu ebener Erde, ohne LÃxrmbelÃxstigung, Zeitdruck, Wechsel- oder Nachtschicht mit der Möglichkeit der Einnahme regelmäÃ∏iger Mahlzeiten vollschichtig möglich. Die Tätigkeit eines Kraftfahrers sei ihm nicht mehr zuzumuten.

Das Sozialgericht hat mit Urteil vom 3. Dezember 1997 die Klage darauf abgewiesen. Angesichts des verbliebenen LeistungsvermĶgens sei der KlĤger weder berufs- noch erwerbsunfĤhig. Dagegen wendet sich der KlĤger mit der Berufung, mit der er weiter Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit begehrt.

Der Senat hat Ĥrztliche Gutachten zum beruflichen LeistungvermĶgen auf innerem, neurologischem und orthopĤdischem Fachgebiet eingeholt. In seinem orthopĤdischen Gutachten vom 05.05.2001 hat Dr.F. von Seiten seines

Fachgebietes VerschleiÄ erscheinungen an der Hals-, Brust und LendenwirbelsÄ ule sowie beginnende VerschleiÄ erscheinungen an den Kniegelenken beidseits festgestellt. Mit RÄ 4cksicht darauf sei der KlÄ ger noch zu mittelschweren kä prerlichen Arbeiten vollschichtig in der Lage und wegen der von Seiten seines Fachgebietes zu beurteilenden Gesundheitsstä prungen sei ihm auch aus medizinischer Sicht uneingeschrä knkt die Tä tigkeit als Berufskraftfahrer mä glich.

Dr.K. hat in seinem nervenĤrztlichen Gutachten vom 04.05.2001 eine leichte beginnende diabetische Polyneuropathie und eine Neurasthenie festgestellt. Durch diese GesundheitsstĶrungen sei das berufliche LeistungsvermĶgen des KlĤgers nur gering beeintrĤchtigt. Leichte bis teilweise mittelschwere kĶrperliche Arbeiten seien dem KlĤger â□□ auch als Berufskraftfahrer â□□ noch mĶglich. Eine TĤtigkeit als PfĶrtner an verkehrsreichen EingĤngen sei dem KlĤger ebenfalls mĶglich.

In seinem internistischen Gutachten vom 28.05.2001 hat Dr.E. eine koronare Herzerkrankung bei Zustand nach Anteroseptalinfarkt im Dezember 1999, mittelgradig eingeschrĤnkte Pumpfunktion, einen insulinpflichtigen Diabetes mit peripherer diabetischer Polyneuropathie, einen arteriellen Bluthochdruck, das Vollbild eines metabolischen Syndroms festgestellt und den Verdacht auf HĶrminderung rechts geĤuÄ∏ert. Durch diese GesundheitstĶrungen sei der KlĤger zwar bereits deutlich in seinem beruflichen LeistungsvermĶgen beeintrĤchtigt. Es seien ihm jedoch noch leichte kĶrperliche TĤtigkeiten vollschichtig ohne Nachtschicht, Akkord oder dauerhaft im Gehen oder Stehen oder ļberwiegend im Freien zuzumuten. Mit Rļcksicht darauf sei der KlĤger beispielsweise als PfĶrtner an verkehrsreichen EingĤngen noch einsetzbar, nicht mehr jedoch als Berufskraftfahrer.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 3. Dezember 1997 sowie den Bescheid der Beklagten vom 20. November 1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18. April 1996 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm Rente wegen ErwerbsunfÄxhigkeit, hilfsweise wegen BerufsunfÄxhigkeit, hilfsweise ab 01.01.2001 wegen Erwerbsminderung zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung als unbegründet zurückzuweisen.

Beigezogen wurden die Akten der Beklagten und die des Sozialgerichts Landshut, auf deren Inhalt sowie auf den Inhalt der Berufungsakte zur ErgĤnzung des Tatbestandes wird Bezug genommen.

Entscheidungsgrýnde:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulÄxssig, sachlich ist sie jedoch

nicht begründet, da der Kläger keinen Anspruch auf Rente wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit gemäÃ∏ §Â§ 43, 44 a.F. des Sechsten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VI) oder ab 01.01.2001 wegen Erwerbsminderung gemäÃ∏ § 43 SGB VI i.d.F. des Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vom 20.12.2000 hat.

Der Senat schlieÄ tsich gem Ä Ä Å§ 153 Abs.2 des Sozialgerichtsgeetzes (SGG) vollinhaltlich den Entscheidungsgr Ä ¼nden der angefochtenen Entscheidung des Sozialgerichts Landshut an und sieht insoweit von der erneuten Darstellung der Entscheidungsgr Ä ¼nde ab. Das Sozialgericht hat den Rechtsstreit entsprechend mit dem Ergebnis der Beweisaufnahme nach den geltenden Rechtsvorschriften entschieden.

Ergänzend dazu ist lediglich auszuführen, dass die weiteren Ermittlungen des Senates das vom Sozialgericht gewonnene Beweisergebnis bestätigen und damit die Entscheidungsgründe des Sozialgerichts weiterhin gelten. Danach ist der Kläger noch immer zu einer vollschichtigen Erwerbstätigkeit mit körperlich leichten Arbeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes und damit, wie die ärztlichen Sachverständigen in ihren Gutachten für den Senat ausdrücklich ausführen, beispielsweise als Pförtner in der Lage. Eine derartige Tätigkeit ist dem Kläger angesichts seiner beruflichen Qualifikation und seiner versicherungspflichtigen Tätigkeit in Deutschland auch dann zumutbar, wenn man ihn in den oberen Bereich der Gruppe mit dem Leitberuf des angelernten Arbeitnehmers wie einen gelernten Berufskraftfahrer zuordnet (vgl. Urteil des Bundessozialgerichts vom 5. April 2001, Az.: B 13 RJ 61/00 R). Tatsachen, die den Berufsschutz eines Facharbeiters mit einer Ausbildung von über zwei Jahren begründen könnten, sind nicht nachgewiesen. Ein Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder Erwerbsminderung besteht daher nicht.

Die Berufung gegen das Urteil dieses Sozialgerichts Landshut war daher zurļckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Die Revision war nicht zuzulassen, da die Voraussetzungen des $\frac{\text{\^{A}\S}}{160}$ Abs.2 Nrn.1 und $\frac{2 \text{ SGG}}{100}$ nicht vorliegen.

Erstellt am: 05.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024